

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Tagesabteilungen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. 10 Pf. (Postanweisung). Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Postbestellung 1,20 Mk. (inland), 1,50 Mk. (ausland). Inland: 10 Pf. (inland), 15 Pf. (ausland). Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 8.



Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Thorand, Finanzamts Riesa.

Nr. 8. 86. Jahrgang. Teleg.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 11. Januar 1927

Wohnungsfragen.

Von unparteiischer Seite wird uns zu dem Kapitel „Wohnungswirtschaft“ geschrieben: Da vor kurzem der preussische Minister für Volkswirtschaft erklärt hatte, er würde alles daransetzen, um die Erhöhung der Hauszinssteuer um weitere 30 % durchzuführen, da außerdem die Zwangsbewirtschaftung der für gewerbliche Zwecke verwendeten Mieträume, also vor allem der Geschäftsräume, aufgehoben werden soll, so ist es jetzt namentlich bei den Mieterorganisationen sehr unruhig geworden.

In zahlreichen Städten Deutschlands sind Demonstrationen in Aussicht genommen; in Berlin hat man am Sonntag mit der Veranstaltung einer solchen Protestkundgebung die Aktion eingeleitet. Dabei waren aber nicht nur die Mieterorganisationen vertreten, sondern namentlich die Spitzenverbände des Handwerks, des Handels und Gewerbes, die sich durch die Forderung des Mieterschutzes getroffen fühlen. Dabei richteten sich die Angriffe auf den preussischen Wirtschaftsminister nicht zuletzt gegen dessen Absicht, die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung aller Geschäftsräume auf dem einfachen Verordnungswege herbeizuführen, und man sprach die Befürchtung aus, daß die vollständig freie Verfügung auf diesem Gebiete zu zahlreichen Konflikten führen werde. Diese Ansicht läßt sich nicht ganz ablehnen, namentlich dort, wo ein Mangel an Geschäftsräumen vorliegt und die Möglichkeit besteht, die Geschäftsräume in der Miete erheblich zu steigern. Andererseits ist aber festzustellen, daß z. B. in vielen Städten ein sehr starker Anstieg an Geschäftsräumen über den Bedarf hinaus besteht, so daß also wohl nur gewisse bevorzugte Geschäftszweige die Möglichkeit einer Mietsteigerung geben werden. Man kann Bestürztheit über die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung nicht haben, ohne daß man sich aber mit einer teilweisen Aufhebung, wie sie zum 1. April gerade für Geschäftsräume erfolgen soll, einverstanden zu erklären braucht.

In der Berliner Zusammenkunft teilte der Syndikus des Reichsverbandes deutscher Schutzwarenhändler mit, daß das Wirtschaftsministerium an der Durchführung jener Verordnung festhalten wolle, da sich die Industrie- und Handelskammer ebenso für die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung ausgesprochen hatte wie die Mehrheit des Landtages. Allerdings liegen die Dinge nun auch nicht so einfach, wie der Minister es sich vorstellt; er hatte geäußert, daß die Erhöhung der Mieten weitgemacht werden sollte durch eine Erhöhung der Löhne und Gehälter. So etwas läßt sich nun aber die Wirtschaft nicht so ohne weiteres beschließen; wir wissen aus den erbitterten Lohn- und Gehaltskämpfen dieser letzten Zeit, wie schwer es ist, eine erhebliche Lohnsteigerung zu erzielen. Deshalb werden die Abwehrmaßnahmen der Mieterorganisationen verständlich ebenso wie der Protest namentlich der Geschäftsinhaber. Aber des Pudels Kern ist doch eigentlich mehr, daß man mit unserer Wohnungswirtschaft nicht mehr aus noch ein weiß. Auf der einen Seite fehlen uns in Deutschland nach der eigenen Angabe des preussischen Ministers etwa zwei Millionen Wohnungen, eine Zahl, die gewiß erschreckend groß ist. Und selbst bei günstigster Aussicht ist nicht damit zu rechnen, diesen Bedarf im Laufe der nächsten zehn Jahre voll zu decken. Daß das an gewissen Stellen sicher vorhandene Überangebot von Geschäftsräumen schon soweit fortgeschritten ist, um die Zwangsbewirtschaftung gänzlich zu beseitigen, wird von den Mieterorganisationen jedenfalls aus dem energischsten bestritten. Andererseits kann man es aber dem Hausbesitzer nicht verargen, wenn er bestrebt ist, die großen Verluste aus der Zeit der Zwangsbewirtschaftung auszugleichen und er somit die Verordnung des Wirtschaftsministeriums begrüßt. Zumal dann, wenn er entschlossen ist, den höheren Ertrag zu einer Wiederherstellung des arg vernachlässigten baulichen Zustandes seines Gebäudes zu benutzen.

Wenn so sieht die Heraussetzung der Hauszinssteuer, wie sie angehängt ist, bei den Mietern auf schärfsten Widerstand und auch die Hausbesitzer haben kein Interesse daran, diesem Widerstand entgegenzuwirken. Auch hier ist die Lage ganz sozial. Die Länder haben ebenso wie die Kommunen ihre Finanzwirtschaft seit Jahren auf den Ertrag der Hauszinssteuer eingestellt; die Summen, die nun für den eigentlichen Zweck der Hauszinssteuer wirklich verwendet worden sind, nämlich als Bauförderungen zu dienen, haben auch längst nicht das gewünschte Ergebnis erzielt. Es gibt Wohnungen genug, nur muß man das notwendige Geld haben, um einerseits bei alten Wohnungen die trotz aller Verbote lustig im Gang bleibenden Abstandsarbeiten zahlen zu können, andererseits in der Lage zu sein, die weit über das Friedensmaß hinausgehenden Mieten für neue Wohnungen zu tragen, die sich wohl durchschnittlich um 100 % gesteigert haben.

So ist das Kapitel unserer Wohnungswirtschaft ein wirtschaftlich, finanziell und sozialpolitisch liberales trübes. Kein Mensch weiß einen Weg anzugeben, der aus dem Wirrwarr herausführt, ohne daß allzu viele schwerste Wunden geschlagen werden. Niemand von den verschiedenen Parteien und Interessentengruppen hat ganz recht oder ganz unrecht. Gerade darum aber ist die Erbitterung des Kampfes eine besonders große.

Dr. Curtius mit der Regierungsbildung beauftragt

Hindenburgs Verhandlungen über die Regierungskrise.

Beginn der parlamentarischen Arbeiten.

Nach Ablauf der Weihnachtspause sind die Krisenverhandlungen programmäßig am Montag wieder eröffnet worden. Auch der Haushaltsausschuß des Reichstages hat seine Arbeiten wieder aufgenommen. Er wird in den nächsten Tagen den Haushaltsplan für 1927 beraten. Hierzu ist bereits eine Anzahl von Abgeordneten im Reichstag anwesend. Fraktionsführungen sind noch nicht angesetzt, aber die Parteiführer haben untereinander bereits Besprechungen abgehalten. Von den Fraktionsvorständen trat Montag im Reichstag der der Deutschen Volkspartei zusammen, woran auch Reichsaussenminister Dr. Stresemann teilnahm. Nach Beendigung dieser Sitzung hatten die Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz und Dr. Curtius, eine Besprechung mit den Führern der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Grafen Westarp und v. Rindener-Wildau, über die Aussichten einer Kabinettsbildung durch Dr. Curtius. Für Dienstag ist der Vorstand der Zentrumspartei einberufen.

Über die Empfänge beim Reichspräsidenten wird bekannt, daß Hindenburg als ersten Parlamentarier den Reichstagspräsidenten Lohé empfing, um sich von diesem über die Stellung der Reichstagsparteien unterrichten zu lassen. Diese Besprechung hat eine weitere Klärung der innenpolitischen Lage indessen nicht gebracht. Weiterhin sind vom Reichspräsidenten noch die Abgg. Lecht (Bayern, Sp.), Bredt (Wirtsch. Bgg.), v. Guérard (Str.) und Graf Westarp (Dtn.) empfangen worden. In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß der Reichspräsident die Absicht weiterverfolgen dürfte, den vorkabinetlichen Reichstagsabgeordneten und gegenwärtigen Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius mit der Neubildung des Kabinetts zu beauftragen.

Reichstagspräsident Lohé begab sich sofort nach seinem Gespräch mit Hindenburg in die Sitzung des sozialdemokratischen Parteiensprechers, der sich in Berlin zur Beratung über die Regierungsbildung versammelt hatte, und erstattete dort Bericht über die politische Lage.

Der Auftrag an Dr. Curtius.

Berlin, 10. Januar. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident empfing heute in den Abendstunden den Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius und erteilte ihm den Auftrag zur Neubildung der Regierung. Dr. Curtius nahm den Auftrag entgegen, bezieht sich aber keine endgültige Entscheidung über die Übernahme der Kabinettsbildung vor, bis sich das Ergebnis der sofort einzuleitenden Verhandlungen mit den Fraktionen des Reichstages übersehen läßt.

Die deutschen Offestellungen.

Französische Heze.

Die Pariser Blätter „Matin“, „Echo de Paris“, „Journal“ und in verringertem Umfang auch „Petit Parisien“ veröffentlichen angelehnt an die nächsten Tagen beginnenden Verhandlungen des Generals von Pawelski mit den militärischen Sachverständigen der Vorkonferenz über die Frage der östlichen deutschen Festungen und der Begriffsbestimmungen für Kriegsmaterial Artikel, die ohne Zweifel von militärischer Seite inspiriert wurden. Die Tendenz sämtlicher Artikel geht darauf hinaus, die Verhandlungen zu erschweren oder sicherheit nicht zu erleichtern. Es ist deshalb erforderlich, diese Sabotage anzudeuten, da man aus ihr schließen darf, daß gewisse französische Kreise, die sich in den letzten Tagen so auffällig bemüht haben, die Frage der Rheinlandsbefestigung wieder zu einem Gegenstand der allgemeinen Erörterung zu machen, jetzt den Augenblick für gekommen halten, um entgegen der Tendenz des Völkerbundes, der die Befestigung der interalliierten Militärontrolle beschloßen hat, in irgendeiner Form etwas zu „retten“, was Deutschland unmöglich annehmen kann, nachdem es gleichberechtigtes Mitglied des Völkerbundes geworden ist und nachdem ihm die Vollversammlung in Genf bereits im Monat September feierlich bescheinigt hat, daß es *entassuet* ist.

Mit dieser französischen Stimmungsmache beschäftigt sich die Deutsche Diplomatisch-Politische Korrespondenz, der gute Beziehungen zum Reichsaussenministerium nachgefagt werden. Die Korrespondenz weist darauf hin, daß es sich bei den Ausführungen der Pariser Presse um eine bereits früher einmal verjuchte Konstruktion eines Unterschiedes zwischen Befestigungen defensiven und solchen offensiven Charakters handelt. In Bezug auf den angeblich offensiven Charakter der deutschen Befestigungen ist auf die Logik der Tatsachen zu verweisen, wonach

Eine Erklärung Dr. Curtius.

Eigener Fernsprecheinstell des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 10. Januar. Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius veröffentlicht in der Nationalen Korrespondenz nach seiner Betrauung mit der Neubildung der Regierung folgende Erklärung: Der Plan der Großen Koalition, der vor dem Sturz des Kabinetts Marx die parlamentarische Lage beherrschte, ist durch die bekannten Ereignisse zerfallen worden. Die Stille der deutschen Politik jetzt oder nach wie vor die Bildung einer Minderheitsregierung voraus. Infolgedessen müssen die Parteien nach rechts geschlagen werden. Graf Westarp hat vor der Abstimmung über das sozialdemokratische Mißtrauensvotum erklärt, daß es sich bei der Stellungnahme der Deutschnationalen Volkspartei nicht um die Regierungspolitik handelt, sondern lediglich um die Klärung der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse. Es gilt, auf den bisherigen Grundlagen der bisherigen Politik der Mitte Gemeinschaftsarbeit mit der Deutschnationalen Volkspartei zu ermöglichen. Die Presseveröffentlichungen der letzten Zeit dürfen von diesem Plan nicht abgedruckt werden. Die Lösung der Krise erfordert Verhandlungen der verantwortlichen Fraktionen der Parteien. Solche Verhandlungen von der Mitte nach rechts zu führen, bin ich von dem Herrn Reichspräsidenten beauftragt. Wenn sie gelingen, werden sie nicht zu einem „Blutgerichtsverbot“ führen. Auch eine Regierung mit den Deutschnationalen wird das Gemeinwohl und soziale Notwendigkeit schützen wie die bisherige Regierung der Mitte.

Die deutschnationale Partei zur Regierungsbildung.

Eigener Fernsprecheinstell des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 11. Januar. Die Deutschnationale Volkspartei nimmt zur Beauftragung des Wirtschaftsministers Curtius in folgender Erklärung Stellung: Der vom Herrn Reichspräsidenten erteilte und von Herrn Minister Curtius angenommene Auftrag, durch Verhandlungen mit der Deutschnationalen Volkspartei eine feste Regierungsgemeinschaft zu bilden, weist den einzigen Weg, auf dem die Lösung der Regierungskrise möglich ist. Beim Zentrum liegt also nunmehr die Entscheidung, ob es diesen Weg beschreiten oder eine Regierungskrise von unabsehbarer Dauer und einer Verwirrung aller Verhältnisse herbeiführen will.

Vor einer Diskontermäßigung der Reichsbank.

Eigener Fernsprecheinstell des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 11. Januar. Wie der Deutsche Handelsdienstl erfahren, wird in der auf Dienstag einberufenen Zentralausschussung der Reichsbank die Entscheidung über die seit einiger Zeit erwartete Herabsetzung des Reichsbankdiskontos fallen. Dem Deutschen Handelsdienst zufolge ist eine Diskontermäßigung auf fünf Prozent aller Voraussicht nach zu erwarten.

hochstens die Andringung sehr weitreichender Geschäfte eine offensive Absicht demonstrieren könnte. Eine Konstruktion solcher Geschäfte ist aber in Deutschland bekanntlich verboten, so daß im Ernstfall die deutschen Festungen sich artilleristischen Gegenangriffen gegenübersehen würden, die außer Reichweite der deutschen Festungsartillerie lägen. Schon hieraus ergebe sich zweifellos, daß jede deutsche Befestigung von vornherein nur nach einem beschränkten defensiven Charakter habe.

Die Korrespondenz verweist im übrigen darauf, daß außer den 22 Geschützen von Königsberg die zugelassenen Befestigungen der Pfälzungen, die in dem Versailles Vertrag vorgesehen waren, nicht vorhanden seien, da durch das Ultimatum von London nachträglich und im Widerspruch mit dem Vertrag von Versailles aus auch diese Geschütze genommen worden seien.

Senatswahlen in Frankreich.

Erfolge der Sozialisten.

Für den französischen Senat haben Neuwahlen stattgefunden, bei denen nach dem bestehenden Wahlsystem ein Drittel der französischen Senatoren ergänzt werden mußte. Nach dem endgültigen Ergebnis verteilten sich die Sitze im Senat wie folgt:

Konservative vorher 4, jetzt 4. Gemäßigte Republikaner vorher 22, jetzt 19. Verlust 3. Linkrepublikaner vorher 21, jetzt 16. Verlust 5. Wilde Republikaner vorher 8, jetzt 7. Verlust 1. Radikalsozialisten vorher 51, jetzt 48. Verlust 3. Republikanische Sozialisten vorher 0, jetzt 2. Gewinn 2. Sozialisten vorher 2, jetzt 10. Gewinn 8. Kommunisten vorher 0, jetzt 2. Gewinn 2.

Die eigentlichen Sieger der Wahlen sind die Sozialisten, die es von 2 auf 10 Sitze brachten und die nun im Senat eine eigene Fraktion bilden können. Die sozia-